

Sparen beim Personal und beim Opernhaus

KANTONS RAT Die Finanzkommission will das regierungsrätliche Budget um 58,5 Millionen Franken verbessern. Sie setzt beim Personal und beim Opernhaus den Rotstift an.

Zuerst die Überraschung: Erstmals seit vielen Jahren ist in der Finanzkommission (Fiko) des Kantonsrates keine Mehrheit für eine Pauschalkürzung im regierungsrätlichen Budget zustande gekommen. Die CVP hat zwar einen solchen Antrag gestellt (auf 200 Millionen Franken) und konnte auch die FDP dafür gewinnen. Aber die SVP macht diesmal nicht mit, weshalb der Antrag in der Budgetdebatte wohl scheitern wird. Nimmt die SVP Rücksicht auf «ihren» Finanzdirektor Ernst Stocker? Erwartungsgemäss winkt Fiko-Mitglied Martin Arnold (SVP) ab: «Die Regierung hat

eine Leistungsüberprüfung aufgegleist und wir wollen ihr den Rücken frei halten, dieses durchzuziehen.» Die CVP begründet ihren Antrag so: «Der Kanton soll den Gürtel schon nächstes Jahr enger schnallen», sagt Fiko-Mitglied Yvonne Bürgin. Das Sparprogramm sei gut und recht, wirke aber erst ab 2017.

Mehr Realisierungschancen haben jene Anträge, hinter denen die Mehrheit der Fiko steht. In der Summe bewirken sie eine Verbesserung des regierungsrätlichen Budgets um 58,5 Millionen Franken. Kommen sie alle durch, erhöht sich das Plus im Kantons-

budget auf 68,8 Millionen Franken. Dies bei Ausgaben von knapp 15,2 Milliarden Franken.

Mehr Geld von der ZKB

Die Verbesserung ist zu einem guten Teil nicht auf Sparmassnahmen, sondern auf Mehreinnahmen zurückzuführen. So stellt die Fiko den einstimmigen Antrag, 21 Millionen Franken mehr ins Budget einzustellen. Diesen zusätzlichen Betrag erwartet sie von der ZKB, denn diese soll 2016 erstmals für die Abgeltung ihrer Staatsgarantie zahlen. Die Regierung hatte die Abgeltung nicht budgetiert, weil sie annahm, im Gegenzug reduziere sich die «normale» Gewinnablieferung der ZKB an Kanton und Gemeinden. Damit ist aber laut Fiko-Präsi-

dentin Beatrix Frey-Eigenmann (FDP) nicht zu rechnen.

Der grösste Sparbrocken, auf den sich die Fiko-Mehrheit einigen konnte, betrifft das Staatspersonal. Die Regierung hatte 0,6 Prozent der Lohnsumme für individuelle Lohnerhöhungen vorgesehen. Diesen Wert kürzt die Fiko nun auf 0,4 Prozent. Ausserdem streicht sie die 0,3 Prozent für Einmalzulagen. Daraus resultiert eine Sparsumme von 18,5 Millionen Franken. Die Fiko-Mehrheit – SP und Grüne gehören nicht dazu – begründet diesen Antrag unter anderem mit der anhaltend negativen Teuerung. Pikant ist das Vorgehen: Die Fiko hat die Kürzung beim sogenannten Reptilienfonds vorgenommen, genau dort also, wo bis jetzt die

Pauschalkürzungen angesiedelt worden sind und wo man eigentlich gar nicht sparen kann, wie die Regierung ständig betont. Man habe der Einfachheit halber diesen Weg gewählt, sagt die Fiko-Präsidentin. Man hätte sonst in unübersichtlich vielen Leistungsgruppen kürzen müssen. Im Unterschied zu den Pauschalkürzungen sei der Auftrag an die Regierung diesmal aber «klar und unmissverständlich», betont Frey-Eigenmann.

Weniger Prämienverbilligung

Den Rotstift angesetzt hat die Fiko-Mehrheit auch bei der Prämienverbilligung (2,6 Millionen), bei den Sondersettings im Jugendstrafrecht (2 Millionen), bei den Vereinsmitgliedschaften des Kan-

tons (860 000 Franken) und bei vielen anderen Posten. Auch das Opernhaus kommt nicht ungeschoren davon: Es soll auf 1,6 Millionen Franken verzichten. Grund: Der Leistungsauftrag sei mehr als erfüllt worden. Das heisst, das Opernhaus lieferte mehr Leistung ab, als bestellt wurde. Dieses Geld soll nun eingespart werden. «Das ist keine Strafaktion», sagt Frey-Eigenmann. «Aber in diesen harten Zeiten muss auch das Opernhaus einen Beitrag leisten.»

Einverstanden ist die Mehrheit der Fiko (inklusive SP und Grüne) mit dem Antrag der Regierung, die Steuern nicht zu erhöhen. Einzig die SVP verlangt eine Senkung um 2 auf 98 Prozent. Die Grünen lehnen das Budget ab.

Thomas Schraner



Mehr als nur Glühwein und Geschenkkäse: Zur Eröffnung des Weihnachtsdorfes auf dem Sechseläutenplatz gab es einen Treichelumzug.

Mario Heller

Arbeitgeber sollen besser hinschauen

PRÄVENTION Wer genau hinschaut, erkennt die Anzeichen: Mit einer Kampagne will die Sozialversicherungsanstalt SVA des Kantons Zürich Arbeitgeber für psychische Probleme am Arbeitsplatz sensibilisieren.

Wer krank ist, informiert seinen Chef. Wenn nötig, geht man zum Arzt. Nicht so bei psychischen Krankheiten, wie es im neuen Leitfaden zu psychischen Erkrankungen am Arbeitsplatz heisst. Die SVA setzt damit auf Prävention und will Arbeitgeber stärker in die Pflicht nehmen.

Die SVA beschäftigt 15 Job-Coaches, die Versicherte mit psychischen Problemen begleiten. Diese machten die Erfahrung, dass betroffene Arbeitnehmende ihr psychisches Leiden zu oft verschwiegen, schreibt die SVA in einer Mitteilung von gestern. Sie befürchteten negative Konsequenzen.

Laut SVA sind psychische Probleme die Ursache von fast der Hälfte der IV-Neurenten. Es sei entscheidend, dass Vorgesetzte die Früherkennung von psychischen Erkrankungen als Führungsaufgabe wahrnehmen.

Zu oft hofften Vorgesetzte auf Besserung und warteten zu lange. Dies sei zwar gut gemeint, ende aber oft mit der Kündigung. Mancher Arbeitnehmer könnte nach Ansicht der SVA am Arbeitsplatz bleiben, wenn die IV-Spezialisten früher beigezogen würden. *sda*

Hipper Weihnachtszauber

Zürich hat seit gestern einen für die Stadt massgeschneiderten Weihnachtsmarkt. Zwar gibt es im neuen Weihnachtsdorf auf dem Sechseläutenplatz Marroni, Glühwein und Raclette. Man bekommt aber auch venezolanische

Arepas, finnischen Flammlachs und veganen Buureflade. Die Kerzen im «Zürcher Designdorf» haben die Form von Totenköpfen und aus alten Schallplatten sind Uhren entstanden. Diese repräsentieren den Recycling-Gedan-

ken, der den Veranstaltern wichtig ist. Das rote Häuschen der Taschendesigner Freitag passt genauso ins Konzept wie dasjenige eines deutschen Elektroroller-Herstellers. Es gibt auch Schmuck, Krimskrams und klas-

sische Krippen aus Holz. «Trendig und doch mit Sinn für Kitsch und Besinnlichkeit» soll der Markt sein, wie Stadtpräsidentin Corine Mauch (SP) gestern sagte, als sie den Weihnachtsmarkt eröffnete und die Lichter am gros-

sen Christbaum entzündete. Gefriert bei kühleren Temperaturen noch das Wasser, das auf die noch nicht eröffnete Eisbahn gespritzt wird, und fällt gar Schnee statt Regen, ist der hippe Weihnachtszauber perfekt. *Katrin Oller*

Thalia braucht neuen Chef

WIRTSCHAFT Die Industrie- und Handelsgruppe Orell Füssli muss einen neuen Chef für die Buchhandelsbranche suchen. Der Chef von Orell Füssli Thalia, Michele Bomio, verlässt das Unternehmen per Ende Jahr auf eigenen Wunsch, wie das Unternehmen gestern mitteilte. Finanzchef Pascal Schneebeli wird das Gemeinschaftsunternehmen von Orell Füssli und Thalia interimistisch führen.

Bomio hatte Orell Füssli Thalia von Beginn an geführt. Das Unternehmen war 2013 entstanden, als Orell Füssli und die deutsche Thalia-Holding ihr Buchhandelsgeschäft zusammengelegt hatten. Beide Partner halten am Gemeinschaftsunternehmen 50 Prozent. *sda*

«Altersheim-Mord»-Prozess vor dem Abschluss

JUSTIZ Die Plädoyers von Verteidigern und Staatsanwaltschaft gingen teilweise diametral auseinander im «Altersheim-Mord»-Prozess. Genauso unterschiedlich verhielten sich die beiden Beschuldigten.

Ruhig verfolgten die beiden Frauen am Mittwoch die Plädoyers ihrer Verteidiger. Als Staatsanwalt Matthias Stammach von Mord sprach, schüttelte die 26-jährige Verkäuferin leicht den Kopf. Ihr Verteidiger Roland Egli sieht die Tat als fahrlässige Tötung an. Als die junge Frau mit der Mitbeschuldigten am 10. November 2013 in die Wohnung einer 88-jährigen Frau im Alterszentrum Hochweid in Kilchberg eindrang, sei nie die Tötung der Be-

wohnerin geplant gewesen, betonte Egli. Ja, seine Mandantin habe dabei ein Tüchlein, getränkt in Salmiakgeist, auf das Gesicht des schlafenden Opfers gelegt. Als sie Gegenwehr verspürte, habe sie wohl fester zugegriffen. Doch sie habe nicht gewusst, dass Todesgefahr bestand. Egli stellte seine Mandantin als Mitläuferin hin.

Entsprechend war die böse Figur in Egli's Geschichte die 30-jährige Mitbeschuldigte. Diese habe die Tat geplant. Um die Frau, in die sie verliebt war, nicht zu enttäuschen, habe seine Mandantin eingewilligt, mitzugehen. «Sie hatte keine Ahnung, was passieren sollte», sagte Roland Egli. Sie wusste nicht, wo es im Alterszentrum etwas zu holen gab, konnte die Wirkung von Ammoniak nicht einschätzen. Seine Mandantin solle

wegen Raubs, fahrlässiger Tötung und Fahrens in fahrunfähigem Zustand belangt werden, forderte Egli. Sechs Jahre Gefängnis sollten maximal angesetzt werden. Zu berücksichtigen sei die enthemmende Wirkung des Kokains, das die 26-Jährige konsumiert hat. Ohne wäre die Tat nie passiert, sagte er.

Freispruch gefordert

Die Ansicht von Leo Sigg, Verteidiger der 30-jährigen ehemaligen Mitarbeiterin des Alterszentrums Hochweid, war klar: Seine Mandantin habe mit den Geschehnissen nichts zu tun. Entsprechend forderte Sigg einen Freispruch in allen Punkten. Am Tagtag sei sie zu Hause gewesen, habe sich nicht gut gefühlt. Erst als ihre Kollegin vorbeikam, ging es los – in den Ausgang, um zwei Uhr

morgens. Auf der Fahrt habe ihr die 26-Jährige von der Tat erzählt. Sie habe ihr nicht geglaubt.

Als «Ausgeburt der Fantasie» des Staatsanwalts bezeichnete Leo Sigg sieben Diebstähle, die seiner Mandantin angelastet wurden. Diese, alle begangen im Hochweid und in einem Altersheim in Luzern, hatte die Nachtschwester zuerst gestanden. Wie die Tötung der 88-Jährigen hat sie auch diese Geständnisse widerrufen. Es gebe keine Beweise, sagte ihr Verteidiger. Das Portemonnaie einer Hochweid-Bewohnerin wurde bei ihr gefunden, warf der Staatsanwalt ein. Im Gefängnis, nachdem sie verhaftet wurde.

Für Staatsanwalt Matthias Stammach ist klar, dass die beiden Frauen aus niederen Beweggründen, nämlich Habgier, ge-

handelt haben. Ziel des Raubzugs sei nicht die Tötung einer Frau gewesen. Aber durch ein mehrminütiges Verschliessen der Atemwege nahmen sie den Tod des Opfers in Kauf, sagte er. Entsprechend plädierte er auf Mord. Die jüngere Frau kam mit 15 Jahren Gefängnis besser weg, weil sie gestanden hat und Reue zeigte. Die Fachangestellte Gesundheit soll 18 Jahre ins Gefängnis.

Zum Abschluss verlas die 26-Jährige eine Erklärung. Sie sei in tiefster Trauer und fühle mit den Hinterbliebenen mit. Was sie getan habe, verfolge sie bis ans Lebensende. Die ehemalige Nachtschwester wollte sich nicht mehr äussern. «Es bringt nichts, wenn ich hier auf Mitleid mache.» Die Urteile verkünden die Richter am 27. November. *Pascal Jäggi*